



Alle Fotos: Deutsche Messe Hannover

Der Public Sector Parc zeigte bereits heute, wie in naher Zukunft die öffentliche Verwaltung dem Bürger seine Formalitäten deutlich erleichtern wird.

Wie hört man doch alle Bürger schimpfen: "Die Behörden arbeiten zu langsam! Die Formulare sind nicht zu verstehen! Niemand ist wirklich zuständig! Holen Sie den Stempel aus Zimmer 99!" - Das alles sind etwas überzogene, aber alltägliche Beispiele des täglichen Behördenalltags. In der Tat sind die Behörden zu langsam. Das bringt Verdruss und kostet dem Steuerzahler und nicht zuletzt auch der Volkswirtschaft viel Geld.

E-Government ist ein wichtiges Thema aller führenden IT-Fachmessen geworden. Bereits auf der it-sa in Nürnberg vor einigen Monaten wurde der neue biometrische Personalausweis lebhaft diskutiert. E-Government ist aber noch weitaus mehr als ein hochsicherer Ausweis. Dieser macht zudem erst dann Sinn, wenn er auch für die Identifizierung bei der Kommunikation über elektronische Medien verwendet werden kann. E-Government bedeutet aber auch die behördeninterne Optimierung der Arbeitsabläufe und nicht zuletzt die Optimierung der Interaktion verschiedener Behörden untereinander. Das klingt nun alles wie ein großer Segen und nach einer revolutionären Abwicklung aller staatlichen Formalitäten, nach dem ultimativen Segen für Bürger und Wirtschaft, doch alles hat natürlich seine Kehrseite.

Neuer Personalausweis kommt

Am 1. November dieses Jahres ist es soweit: Der neue elektronische Personalausweis wird dann erstmalig an die Bürger ausgegeben. Er wird die klassischen Daten wie den Namen und die Adresse des Ausweisinhabers sowie dessen Passfoto enthalten. Der umstrittene Fingerabdruck ist nicht zwingend auf dem internen Chip enthalten. Nur mit Einwilligung des Ausweisinhabers wird der Abdruck des Zeigefingers aufgenommen. Für deren Verwendung gelten allerdings enge Regeln. So dürfen diese Daten nur für hoheitliche Zwecke - unter anderem bei der Kontrolle an der EU-Außengrenze - ausgelesen werden.

Hier sieht Peter Schaar, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in der

Gestaltung des neuen Ausweises wichtige Teile seiner Forderungen bestätigt. Er betont gegenüber der Deutschen Messe Hannover: "Von entscheidender datenschutzrechtlicher Bedeutung ist es, dass die hoheitlichen Daten von den weiteren, optionalen und nicht 'von Staats wegen vorgegebene' Funktionen, nämlich der Identifizierung für eCommerce und eGovernment, strikt getrennt werden. Der neue Personalausweis kann nur dann als vertrauenswürdig angesehen werden, wenn beide Bereiche sicher voneinander abgeschottet werden." Diese sichere Abschottung musste also bereits technisch ausgeschlossen werden.

Der neue Personalausweis soll auch im Internet zur Identifizierung sowie für die Leistung rechtsverbindlicher digitaler Unterschriften einsetzbar



Dr. Thomas de Maizière, Der Bundesminister des Innern ließ es sich nicht nehmen, der Öffentlichkeit persönlich den neuen biometrischen Personalausweis vorzustellen, der ab dem 1. November dieses Jahres ausgegeben wird.

sein. Das allgemein verfügbare Sicherheitstoken ist mit diesem Ausweis nun vorhanden und in wenigen Jahren für jeden Bürger Realität. Es ist jetzt aber an der Zeit, entsprechende Applikationen und Verfahrensabläufe zu entwickeln, um diese Technologie auch sinnvoll und letztendlich kostensparend nutzen zu können. Dies betrifft sowohl die öffentlichen Institutionen als auch die freie Wirtschaft.

Markus Linnemann vom Institut für Internet-Sicherheit hat große Erwartungen zur Einführung des neuen Personalausweises und erklärt gegenüber der Deutschen Messe Hannover: "Ich habe gegenwärtig rund 120 Passwörter für die verschiedensten Zwecke. Es wäre für mich wirklich eine Erleichterung, mit einem einzigen sicheren Ausweis bzw. der Authentifizierungsfunktion des neuen Personalausweises meine eigene Identität nachweisen zu können. Das würde die Menge an Passwörtern stark minimieren."

DE-Mail

Der E-Mail-Dienst ist einer der ältesten und wichtigsten Kommunikationsdienste im Internet. Es gibt ihn seit dem Bestehen der ersten Netzstrukturen in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seitdem hat sich am E-Mail-Dienst nicht besonders viel verändert: Er ist nach wie vor ein rein Text-basierender Dienst und arbeitet mit einer unverschlüsselten Übertragung. Eine E-

Mail ist somit noch unsicherer als eine Postkarte, die von jedem, dessen Hände sie auf dem Weg der Zustellung passiert, gelesen werden kann. E-Mails lassen sich elektronisch nach Schlagworten durchsuchen und in automatischen Kopien - unbemerkt von Absender, Empfänger und den beteiligten Providern insgesamt - in beliebigen Rechenzentren archivieren. Konkret: Für die Abwicklung sensibler und vertraulicher Kommunikation ist die E-Mail im Grunde genommen ungeeignet.

Mithilfe von Verschlüsselungslösungen wurde dem bisweilen entgegen gewirkt, doch der Schlüsselaus-

tausch war als solches nicht unkritisch und der Umgang mit der Verschlüsselung recht kompliziert. Die Konsequenz: Fast alle E-Mails - auch mit eigentlich vertraulichem Inhalt - werden vollkommen unverschlüsselt und ungesichert über das weltweite Netzwerk übertragen.

Mit *DE-Mail* ist ein neuer Ansatz erarbeitet worden, der auf der diesjährigen CeBIT vorgestellt und diskutiert wurde. "Mit De-Mail bekommen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung eine einfach zu nutzende Technologie, mit der sie sicher, rechtsverbindlich und vertraulich im Internet kommunizieren können", sagt Dr. Hans Bernhard Beus, Staatssekretär im Innenministerium und Bundesbeauftragter für Informationstechnik gegenüber der Deutschen Messe Hannover.

DE-Mail soll nicht von staatlichen Stellen, sondern von geprüften und akkreditierten Providern wie zum Beispiel T-Online, 1&1 und Hanse.net angeboten werden. Die Kunden bekommen neben ihrer regulären E-Mail-Adresse eine zusätzliche "DE-Mail"-Adresse zugewiesen. Alle E-Mails, die per DE-Mail verschickt werden, werden im System des Providers in einem *digitalen Umschlag* verpackt. Dieser bietet nicht nur eine Verschlüsselung zur Wahrung der Vertraulichkeit, sondern auch einen rechtsverbindlichen Zeitstempel, mit dem die Wahrung gesetzter Fristen belegt werden kann. Die Authentifizierung am System gewähr-



Biometrische Ausweise, "DE-Mail" - Moderne Sicherheits- und Erkennungstechnologien liefern ständigen Diskussionsbedarf. Auf der CeBIT 2010 stellte man sich im Public Sector Parc auch kritischen Fragen.

leistet, dass auch wirklich der legitime Inhaber der DE-Mail-Adresse auch als Absender auftritt. Hier kann zum Beispiel der im November erwartete digitale Personalausweis verwendet werden.

Das Konzept der DE-Mail hat das Potenzial, wichtige Probleme zu lösen, die insbesondere in der sonst komplizierten Nutzung von Verschlüsselungssoftware in den E-Mail-Programmen und im noch komplexeren Schlüsselmanagement begründet liegen. DE-Mail kann zudem Standort unabhängig genutzt werden, wenn die Authentifizierung

durch ein sicheres individuelles Token - zum Beispiel den elektronischen Personalausweis - unterstützt wird.

DE-Mail steht aber auch im Mittelpunkt der Kritik, denn Skeptiker sehen diesen Dienst als "Einfallstor staatlicher Kontrolle". Zudem bietet die Zertifizierung der Provider keine Garantie, dass sie tatsächlich vertrauenswürdig agieren werden. Die kritischen Zwischenrufe sind nicht unbegründet, denn der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat mit seinem engagierten Einsatz für die nunmehr höchst-

richterlich in Frage gestellte Vorratsdatenspeicherung und vor allem mit dem Plädoyer für "Online-Hausdurchsuchungen" viel Vertrauen in der Bevölkerung nachhaltig zerstört. Die Vorstöße des Bundes und der verschiedenen Landesregierungen in diesen Fragen in den letzten Jahren haben eindeutig den Wunsch nach individueller Kontrolle des einzelnen Bürgers manifestiert. Damit wurde viel Unruhe ausgelöst und eine vernünftige Umsetzung moderner und in der Tat das Leben vereinfachender technologischer Konzepte deutlich erschwert.

Alles Eitel Sonnenschein?

Ein Kommentar von Robert Schoblick

Darauf haben die Bürger und die Wirtschaft, aber auch die Beamten und Angestellten in den Behörden schon lange gewartet: Einfache und schnelle, fast vollständig automatisierte administrative Arbeitsabläufe. In der Tat: Wenn auf der Basis der modernen Technik tatsächlich gut durchdachte Lösungen entwickelt werden und die Umsetzung nicht aus fadenscheinigen Gründen mit Abertausenden der in Deutschland schon fast legendären Ausnahmen verzögert oder umgangen wird, dann kann der neue digitale Ausweis und vor allem eine moderne digitale Infrastruktur dem Bürger einen echten Mehrwert anbieten. Man stelle sich nur vor: Die Warteschlangen in den Arbeitsagenturen wären überschaubar und die Bürger könnten - natürlich über sichere verschlüsselte Kanäle - mit ihrem Sachbearbeiter per Videokonferenz ihr Anliegen besprechen und gleichzeitig online ihren Antrag ausfüllen bzw. ein eventuell erforderliches Dokument einer anderen Behörde für die Bearbeitung des Antrages freigeben. Um wie vieles schneller könnten Anträge bearbeitet und eventuell sogar - quasi on Demand - beschieden werden. All das natürlich mit einer rechtsverbindlichen Signatur.

Der Steuerzahler könnte nicht nur durch intelligente und optimierte Arbeitsabläufe viel Geld sparen, sondern auch bei den Immobilien. Anstatt im Zehnjahres-Intervall renovierte Büroräume und den mit jeder Umorganisation obligatorischem Umzug der Behörde in neue Räume und Gebäude zu finanzieren würden Homeoffices sich etablieren können. Für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten bietet dies eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität und die neue Familienministerin Schröder könnte erfreut eine vollkommen neuartige Form eines familienfreundlichen Berufsalltages erkennen. Aber: Es wird auch weniger Personal benötigt!

Genau genommen zeigt die Geschichte immer wieder, wie die Entwicklung der Gesellschaft aussehen wird, wenn neue Technologien sich durchsetzen. Man denke an die Dampfmaschine und die industrielle Revolution. Die Menschen strömten in die Städte und lebten unter einfachsten Bedingungen, um sich einem harten - vom Takt der Maschine vorgegebenen - Alltag zu unterwerfen. Eine weit um sich greifende bittere Armut war die Folge, aber auch ein exorbitantes Wachstum der Vermögen der Groß-Industriellen. In der Geschichte tauchen aber auch Namen wie Otto von Bismarck auf, der den Grundstein der modernen Sozialversicherung legte, die heute Arbeitnehmer im Krankheitsfall schützt und jedem Bürger im Alter ein Auskommen bietet.

Die Geschichte, sie wiederholt sich immer wieder aufs Neue und es scheint, als nehme die Gesellschaft das auch billigend in Kauf. Die Menschen haben einen entscheidenden Nachteil gegenüber denen, die Geschichte machen: Sie kennen keine Hintergründe, kennen nicht alle Seiten der Medaille. Was passiert, wenn man einen aufgeblähten behördlichen "Personal-Ballon" in kurzer Zeit sanieren will, kann man sehr gut beim Vergleich der ehemaligen Deutschen Bundespost mit den neuen "Post"-Unternehmen Postbank, Deutsche Post AG und Telekom erkennen. Noch heute werden Stellen im großen Stil abgebaut. Tausende ehemalige "Dienstposten" wurden gestrichen und steuerlich finanzierte Auffanggesellschaften bezahlen "ihr" Personal für die Bewachung des heimischen Telefons. Sie stehen auf Abruf für einen Einsatz in irgendeiner Behörde.

Der geneigte Leser wird verwundert sein: Ein IT-Fachredakteur stellt moderne Innovation in Frage? - Mitnichten! Eine saubere, sichere und vertrauenswürdige Möglichkeit, über das Internet "Behördengänge" zu erledigen, eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und eine Optimierung des Behördenschwungels allgemein ist längst fällig. Man darf aber nicht nur über die Länge des Chiffrierschlüssels diskutieren, sondern muss das Gesamtbild im Auge behalten. Dazu gehören auch die zu erwartenden Umbrüche in etablierten gesellschaftlichen Strukturen.

Kein "Internet-Minister"

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in ihrer Rede anlässlich der Eröffnungsfeier der CeBIT 2010, es werde kein eigenes Ressort für das Internet benötigt. Alle Minister sollten sich mit dem Internet auskennen. Damit hat sie sicher recht, nur sieht die Realität offensichtlich doch ganz anders aus. "Schnellschüsse aus der legislativen Hüfte" à la Wolfgang Schäuble zielen ausschließlich auf das Vertrauen der Bürger und gehen deutlich am eigentlichen Ziel vorbei, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten.

Ein Experte, der sich mit den modernen Technologien auskennt, kein Jurist, sondern ein erfahrener Techniker oder Informatiker, sollte dem Gesetzgeber unbedingt als verpflichtend zu konsultierender Ratgeber

zur Verfügung stehen. Dessen Ansicht sollte natürlich nicht allein zur Feststellung der technischen Machbarkeit eingeholt werden, sondern unter dem Gesichtspunkt der Erkennung längst gängiger Realitäten im weltweiten Netz. Ein eigener Minister ist hier sicher nicht die ideale Lösung, denn mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) steht der Bundesregierung ein solcher hoch kompetenter Ratgeber bereits zur Seite. Das BSI muss lediglich verstärkt in die Vorbereitung der Gesetze eingebunden werden. Ebenso würde ein Blick in das Grundgesetz viele am Ende teuer zu revidierende Fehlentscheidungen vermeiden.

Es kommt darauf an, verantwortungsvoll Gesetze zu gestalten und das Wohl der Bürger und weniger die Interessen von Lobbyisten im

Auge zu behalten. Die Technologien sind entwickelt, sie sind marktreif und warten auf ihre Nutzung. Nun ist der Staat am Zuge, mit den ihm zur Verfügung stehenden "Werkzeugen" Lösungen zu schaffen, die dem Bürger nutzen und nicht dessen Misstrauen noch mehr als es bereits geschehen ist, wachsen lassen. (rs)

Impressum

Redaktionsbüro SRG.at

Dipl.-Ing. (FH) Robert Schoblick

A-9212 Techelsberg a. Ws.

Tel.: +43/4272/2873

Fax: +43/4272/2878

E-Mail: redaktion@srg.at

www.itkarinthia.com

www.srg.at

Ein unbequemes Thema

Wer in Deutschland und allgemein in Europa lebt, kann stolz und glücklich von sich sagen, in einem demokratischen Teil der Welt in Freiheit zu leben. Es wird nicht gerne daran gedacht und sicher waren die Situationen deutlich andere als heute, aber dieses Gefühl hatte man auch in der Weimarer Republik verkündet. Zwar knallte es in den 20er Jahren an allen Ecken und Enden in Deutschland, die Arbeitslosigkeit nahm nahezu unkontrolliert zu und der Staat war hoch verschuldet, aber es war eine Demokratie. Dennoch: Bei genauem Hinsehen kommt dem geneigten Leser manches bekannt vor: Es sind Fakten, an die bereits der Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder erinnert wurde und die er - nur zum Teil mit recht - sehr aufgebracht von sich wies. Jeder weiß, was die Konsequenzen der desorientierten Regierungsarbeit in den 20er Jahren war: Die Weimarer Republik endete in der größten politischen Katastrophe der deutschen Geschichte.

Man stelle sich nun vor, in dieser ersten deutschen Demokratie hätte es moderne Informations- und Kommunikationstechnologien gegeben wie die, die in diesem Jahr auf der CeBIT diskutiert werden. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich die *Effektivität des Horros* auszumalen, die Oppositionelle, Juden und Intellektuelle im Dritten Reich erlebt hätten. Technischer Fortschritt, der allein durch Änderung von Gesetzen auch zur Überwachung der Bürger oder gar deren Verfolgung eingesetzt werden kann, muss zwingend einer besonderen Kontrolle unterliegen. Die Justiz ist bereits mit ihrem Tagesgeschäft hoffnungslos überfordert. Die Exekutive hat sogar ein verstärktes Interesse daran, alles und zu jeder Zeit über die Bürger zu wissen. Auch wenn diese Forderungen im Kontext einer gesetzlichen Grundlage erhoben werden, die den Schutz des Staates und seiner Bürger im Fokus haben und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Daten unterstellen, genügen die heutigen Kontrollmechanismen allein nicht.

Das Grundgesetz sieht zudem im Artikel 20, Absatz 4 ein Widerstandsrecht gegen jeden vor, der die in dieser Verfassung definierte Ordnung zu beseitigen versucht. Im Zeitalter der digitalen Medien, die immer schwieriger zu kontrollieren sind, ist es Aufgabe des Staates, diesen Artikel vorbeugend zu unterstützen und entsprechende zusätzliche Kontrollstrukturen vorzusehen. Das fadenscheinige Killerargument, derartiges wie 1933 könne sich nicht wiederholen, sticht nicht mehr, wenn man sich verinnerlicht, mit welcher Präsenz Parteien der extremen Randbereiche bereits in verschiedenen Landesregierungen vertreten sind.

Bei aller Begeisterung für die modernen Technologien sind alle gefragt, die an ihrer Entwicklung und Gestaltung teilhaben, den Missbrauch nachhaltig zu verhindern. Es ist wichtig, Vertrauen zu schaffen und es nicht permanent zu torpedieren. Dazu muss man weder Techniker noch Informatiker sein. Dazu muss man das Internet nicht einmal regelmäßig nutzen, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Erst dann wird die Akzeptanz deutlich steigen und auch eine Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ebenso mit herausragenden Zahlen auftreten können, wie ihr spanischer Amtskollege es im Rahmen der Eröffnungsfeier der CeBIT tat.